



### Beschlussvorlage

Nummer 2020/0492/stv  
Eschborn, 11.11.2020  
Aktenzeichen:

---

Beratungsfolge	Termin	Status
Bau- und Umweltausschuss	18.11.2020	öffentlich beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	19.11.2020	öffentlich beschließend
Stadtverordnetenversammlung	26.11.2020	öffentlich beschließend

### Antrag der FDP-Fraktion betreffend Energieversorgung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine Aufstellung anzufertigen, aus der ersichtlich ist, welche Hauseigentümer (geordnet nach Straßen o. Quartieren) in Eschborn und im Stadtteil Niederhöchstadt Zugang zu einer Gasversorgung haben.
2. Der Magistrat wird ferner beauftragt, diejenigen Hauseigentümer ohne Gasversorgung abzufragen, ob diese zukünftig darauf zurückgreifen wollen.
3. Auf den Ergebnissen basierend, hat der Magistrat sich mit den zuständigen Energieversorgern in Verbindung zu setzen und auf einen entsprechenden Ausbau des Versorgungsnetzes hinzuwirken.
4. Die Ergebnisse der Punkte 1 bis 3 legt der Magistrat dem Haupt- und Finanzausschuss schriftlich in der ersten Sitzung nach der politischen Sommerpause 2021 vor.

#### Begründung:

Eschborns Freie Demokraten haben aus persönlichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern (hier: im Stadtteil Niederhöchstadt) erfahren, dass diese keinen Anschluss an die Gasversorgung haben. Die Bürgerinnen und Bürger wandten sich dahingehend an den Energieversorger bzw. dessen Tochterunternehmen, das für den Netzausbau zuständig ist – bislang erfolglos. Es steht zu befürchten, dass dies in Eschborn bzw. Niederhöchstadt kein Einzelfall ist.

Eschborns Freie Demokraten wollen daher erfahren, wie es um die Energieversorgung bzw. explizit um die Gasversorgung in beiden Stadtteilen bestellt ist. Es wäre ferner nützlich zu wissen, wie viele Bürgerinnen und Bürger in Eschborn keinen Zugang zur Gasversorgung haben, jedoch gern auf diese Energiequelle zurückgreifen würden. Letztlich soll sich der Magistrat dann im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, um den Netzausbau voranzutreiben.

Es wäre wünschenswert, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine verbesserte Wahlfreiheit bei der Energieversorgung zu ermöglichen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass CO<sub>2</sub> eingespart werden soll, scheint die Gasversorgung eine sehr sinnvolle Alternative, zumal Öl und Strom („Energiewende“) durch Steuern immer weiter verteuert werden. Die steigenden Energiepreise – die nächste Preiserhöhung steht am 1. Januar 2021 bevor – haben aller Voraussicht nach noch lange nicht ihr Ende erreicht.

gez.: Christoph Ackermann  
stellv. Fraktionsvorsitzender